

Tätigkeitsbericht von Präsident Josef Mederer

# „Viel erreicht – viel zu tun“

Vor 71 Delegierten und rund 100 geladenen Gästen fand in Würzburg die Vollversammlung des Bayerischen Bezirktags statt. Sie stand in diesem Jahr unter dem Motto „Inklusion geht alle an!“. Mittelpunkt des zweitägigen Treffens waren neben dem Tätigkeitsbericht des Präsidenten des Bayerischen Bezirktags, Josef Mederer, vor allem die Festrede des Bayerischen Staatsministers des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann (CSU), der unter dem Leitgedanken „Starke Bezirke – starkes Bayern“ die Bedeutung der dritten kommunalen Ebene in all ihrer Aufgabenvielfalt für ein funktionierendes Gemeinwesen im Freistaat Bayern hervorhob (siehe gesonderter Beitrag).

## 15-Eckpunkte-Papier

Am zweiten Tag des Verbandstreffens war dann das eigentliche Tagungsthema „Inklusion“ der Schwerpunkt. So betonte Mederer, dass die Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes im Berichtszeitraum, aus dem erste Neuerungen bereits zum 30. Dezember des vergangenen Jahres in Kraft getreten sind, auch ein Erfolg der bayerischen Bezirke gewesen sei. Lange habe man auf das neue Gesetz gewartet und darum mit aller Entschlossenheit auch gekämpft.

Vor allem mit einem 15-Eckpunkte-Papier, das die Bezirke auf ihrer Vollversammlung im Jahre 2015 verabschiedet hatten, habe man wichtige Akzente setzen können.

Ziel des neuen BTHG war es, ein modernes Teilhaberecht zu entwickeln und die Eingliederungshilfe aus der Sozialhilfe herauszuführen. Dies, so Mederer, sei im Großen und Ganzen auch gelungen. Wobei einige Bereiche hier ganz besonders hervorzuheben seien.



Blick ins Plenum während der Vollversammlung.

FOTO SPILLER

So nannte Mederer beispielsweise die Anhebung der Vermögensgrenze der vom neuen Bundesteilhabegesetz betroffenen Personen auf 25 000 Euro. Dies gelte auch für die Hilfe zur Pflege. Ab dem Jahre 2020 steige diese sogar noch auf 50 000 Euro an. Noch seien einige Punkte im neuen Bundesteilhabegesetz nicht berücksichtigt. So dürfe es nicht sein, dass Menschen mit Behinderung, die in Behindertenheimen wohnen, von den Leistungen der Pflegeversicherung ausgeschlossen sind und dadurch schlechter gestellt werden, nur weil sie stationär untergebracht sind. Dies, so Mederer, werde man so nicht akzeptieren.

Bei diesem Punkt, das machte der Bezirktagspräsident deutlich, rege sich auch großer Widerstand unter anderem auch beim Deutschen Landkreistag und bei den Höheren Kommunalverbänden. So sei er zuversichtlich hier noch eine zufriedenstellende Lösung für die davon betroffenen Menschen zu bekommen. Schließlich sprach er auch noch den finanziellen Ausgleich für die Mehrausgaben der Eingliederungshilfeträger an, wo es auch

noch keine Lösung gebe. Man habe mehrfach betont, dass mit erheblichen Kostensteigerungen zu rechnen sei.

Im Blick auf die nach wie vor aktuelle Diskussion über die Kosten der Unterbringung und Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge durch die Bezirke stellte Bezirktagspräsident Mederer in Würzburg fest, dass man hier durchaus einen Verhandlungserfolg erreicht habe.

Denn auch in diesen Bereich habe man lange dafür geworben, dass der Freistaat die Bezirke bei den sogenannten UMA-Kosten

unterstütze. So habe sich der Freistaat bereiterklärt, zumindest mit Pauschalen einen Teil der Kosten für junge volljährige in der Jugendhilfe zu erstatten. 112 Millionen Euro stünden den Bezirken für den Zeitraum 2016 bis 2018 dafür zur Verfügung.

Allerdings gebe es im Detail auch hier noch erhebliche Probleme und somit einen weiteren Abstimmungsbedarf mit dem Freistaat. Wichtig sei es deshalb mit der Staatsregierung und insbesondere auch mit dem Ministerpräsidenten im Gespräch zu bleiben.

> ULRICH LECHLEITNER

## Aussprache zum Tätigkeitsbericht des Präsidenten

# Einigkeit über das Erreichte

In der traditionellen Aussprache zum Tätigkeitsbericht des Präsidenten Josef Mederer betonten die Sprecher der Fraktionen große Einigkeit, auch wenn Detailfragen natürlich unterschiedlich bewertet wurden.

Unterfränkens Bezirktagspräsident und Sprecher der CSU-Fraktion, Erwin Dotzel, betonte, dass die Bezirke viel bewegen und gestalten. Dies sei im Tätigkeitsbericht deutlich geworden. Insbesondere das Bundesteilhabegesetz sei hier ein wichtiger Meilenstein. Allerdings müssten sich alle Beteiligten klar sein, dass die Bezirke dabei auch weiterhin massiv gefordert seien. Beratung und Unterstützung der betroffenen Menschen erfordere auch neue Strukturen. Themen wie selbstbestimmtes Wohnen und Arbeiten müsse man den notwendigen Raum geben. Bessere Übergänge von den Werkstätten in das Berufsleben stehen auf der Agenda, die Dotzel für die kommenden Jahre sieht. Auch das Pflegegestärkungsgesetz sei Fortschritt für die Betroffenen Menschen. Dotzel bekannte sich zum Auf- und Ausbau eines bayernweiten psychiatrischen Krisendienstes, mahnte aber an, dass die Kosten nicht allein durch die Bezirke zu tragen seien. Hier solle der Freistaat sich einbringen.

Auch Wolfgang Bähler, Sprecher der SPD-Fraktion, lobte den Tätigkeitsbericht als gelungene Rückschau auf Erreichtes. Er stellte das Bundesteilhabegesetz als Paradigmenwechsel dar, mit dem

man neue positive Impulse gesetzt habe. „Das Glas ist nicht halbleer, sondern halbvoll“ resümierte der SPD-Politiker. Ein ebenso wichtiges Thema für den SPD-Politiker waren auch die Schulbegleiter. Er betonte, dass sich Lehrer für eine stärkere Professionalisierung der Schulbegleiter stark machen sollten. Eine sozialpädagogische Grundausbildung sei für engagierte Männer und Frauen dringend geboten. Sorgen bereite Bähler die Situation der entlassenen Patienten des Maßregelvollzugs. Viele wären nach der Entlassung von der Realität überfordert und benötigten Unterstützung, sich draußen zu Recht zu finden.

Tamara Bischoff, Sprecherin der Freien Wähler, betonte, dass der Bezirktag mit dem Thema „Inklusion“ genau das richtige Motto ausgewählt habe. Man habe bereits einiges erreicht, allerdings müsse Inklusion noch stärker in den Köpfen der Gesellschaft und den Menschen verankert werden. Das Bundesteilhabegesetz sei ein Jahrhundertwerk. Allerdings seien noch offene Fragen zu diskutieren. Sorge mache ihr dabei manche finanzielle Regelung. Lob fand Bischoff auch für die Pflegeberufreform, die nun verabschiedet worden ist.

Kirsi Hofmeister-Streit erinnerte für die Grünen an die Diskussion um die Gründung einer Pflegekammer in Bayern. Es wäre wichtig gewesen, diese zu schaffen, so die Sprecherin der Grünen. Ausführlich ging die Politikerin auf die Situation im Maßregelvollzug und der Unterbringung nach Paragraph 63 ein. In Bayern seien die Unterbringungen bundesweit am längsten. Sie forderte daher, flächendeckende Fallkonferenzen und bei Bedarf auch die Einbindung externer Gutachter. > HENNER LÜTTECKE

## Innenminister Herrmann (CSU) spricht ein Grußwort

# Lob für die Bezirke



Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU).

FOTO SPILLER

„Die Bezirke bewahren die regionale Identität, sie pflegen und sichern die unterschiedliche Geschichte, die Traditionen und Kulturen der sieben Bezirke“. Joachim Herrmann, Bayerischer Staatsminister des Innern, lobte in seiner Festrede die Bedeutung und das Wirken der Bezirke ausdrücklich. Insbesondere im 21. Jahrhundert wünschten sich Menschen kulturelle Orientierung, die ihnen die Bezirke ge-

ben. „Das Bewahren der kulturellen Identität ist eine zentrale Aufgabe, die in den Händen der Bezirke sehr gut aufgehoben ist“, so Herrmann.

Besonders hob er hervor, dass Bayern durch die Verfassung ein Kulturstaat sei. Bayern sei aber genauso ein Sozialstaat. Auch in diesem Themenfeld übernehmen die Bezirke eine bedeutende Rolle als Gestalter. Umso wichtiger sei, dass die Bezirke das Thema Inku-

klusion in den Mittelpunkt ihrer Vollversammlung gestellt hätten. „Inklusion bedeute bestmögliche Anstrengungen, dass behinderte Menschen sich entwickeln und am Leben teilnehmen können“. Ein Großteil der damit verbundenen Aufgaben werde durch die Bezirke gesichert, so der Innenminister. In diesem Prozess habe man durch die Reform der Eingliederungshilfe und das Bundesteilhabegesetz Verbesserungen erreicht. Wichtig sei es für die Menschen, dass es Lösungen und Hilfsangebote aus einer Hand geben müsse und Zuständigkeitsstreitereien vermieden werden. „Der Bezirktag hat sich hier erfolgreich eingebracht.“

Ausführlich ging der Innenminister auf die Problematik der jungen unbegleiteten Flüchtlinge ein. Gerade in 2015 und den folgenden Jahren wurden mehr als 5.000 junge Flüchtlinge unterstützt, begleitet und versorgt. „Verbunden damit sind auch Probleme, die wir nicht verschweigen dürfen“. Für 2017 seien allein mehr als 360 Millionen Euro im Haushalt vorgesehen.

„Der Freistaat steht auch in dieser Frage an der Seite der Bezirke“, betonte Herrmann ausdrücklich. Durch das bayerische Integrationsgesetz gebe es zudem klare Richtlinien, die verbindlich seien. Darüber hinaus habe der Freistaat schneller und umfassender als jedes andere Bundesland auch auf die Herausforderung junger Flüchtlinge reagiert. Man habe den Bedarf an Kindergartenplätzen, Schulplätzen etc. erkannt und bereits beachtliche Leistungen bei diesem wichtigen Integrationsthema erreicht.

> HENNER LÜTTECKE

## Schlusswort des I. Vizepräsidenten Günther Denzler

„An vielen wichtigen Beispielen und anhand sehr persönlicher Schilderung wurde in Würzburg dargestellt, was Inklusion für unsere heutige moderne Gesellschaft ist und auf welchem Stand sie sich derzeit befindet. Der Weg, gemäß der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, ist aber noch weit. Auch das hat diese Tagung deutlich gemacht“, betonte der Vizepräsident des Bayerischen Bezirktags, Oberfränkens Bezirktagspräsident Günther Denzler, in seinem Schlusswort.

Dabei ließ er offen, ob dieser Weg in den kommenden Jahren mühsam und beschwerlich sein wird, dies liege in erster Linie an den Bezirken und dem Bayerischen Bezirktag selbst. Vor allem werde es darum gehen, Inklusion im Bewusstsein der Menschen und damit im alltäglichen Leben immer stärker als eine Form der Selbstverständlichkeit zu verankern. Es gelte, so Denzler, Menschen mit Behinderungen mehr Teilhabe und damit mehr Autarkie für Ihr Leben zu ermöglichen. Der Vizepräsident wörtlich: „Nicht alles, aber was wünschenswert wäre, wird auch finanzierbar sein. Das müssen wir ehrlich ansprechen.“

In jedem Fall gehe es auch darum, Inklusion in den kommenden Jahren und Jahrzehnten überall in der Gesellschaft zu realisieren. Vor allem die Bezirke seien hier gefordert, denn Sie sind und bleiben der Anwalt der Schwächsten, die im öffentlichen und veröffentlichten Diskurs nur selten eine Stimme haben, die auch gehört werde. Umso mehr seien Bezirke und Bezirktag hier in der Verantwortung. Zusammenfassend stellte Günther Denzler fest, dass es vor allem auch darum gehen müsse, Inklusion im Sinne eines humanistischen Menschensbildes, dem sich insbesondere auch die Dritte kommunale Ebene verpflichtet fühle, zu sehen. Denn jede Form von Behinderung sei anders und müsse daher individuell betrachtet werden.

> ULRICH LECHLEITNER

## Christa Naaß zur 2. Vizepräsidentin gewählt

Mit 91 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen, wurde in Würzburg die stellvertretende mittelfränkische Bezirktagspräsidentin Christa Naaß zur neuen 2. Vizepräsidentin und Schatzmeisterin des Bayerischen Bezirktags gewählt. Sie tritt damit die Nachfolge des zu Jahresanfang ausgeschiedenen Norbert Hartl an. In ihrer kurzen Rede vor dem Wahlgang betonte Christa Naaß, dass es ihr insbesondere darum gehen werde, eine noch bessere Vernetzung des Bayerischen Bezirktags



Christa Naaß. FOTO SPILLER

mit den verschiedenen Ebenen im Freistaat Bayern bis hinauf in den Bayerischen Landtag und den Deutschen Bundestag zu erreichen. Je besser hier auch die Bezirke und damit auch der Bezirktag in ihren Themen angebunden seien, desto größer werde die Chance eigene Interessen und Anliegen auch für die Menschen durchzubringen. Josef Mederer, Präsident des Bayerischen Bezirktags, beglückwünschte Christa Naaß sehr herzlich zu Ihrer Wahl. Er versicherte ihr dabei eine gute und einvernehmliche Zusammenarbeit.

> ULRICH LECHLEITNER